Hallo! Wahlhelfer der Liste 4! Am Donnerstag, dem 21. August, 19.30 Uhr, findet im Keglerheim eine öffentliche Versammlung aller Wahlhelfer der Liste 4 statt

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Ostsachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Der Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreise: frei Haus monatlich 3,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 3,30 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernsprecher 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 690. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 19. August 1930 — Nummer 192

Sammelt Pulver für den Wahlfonds der KPD Für Sieg der Liste 4

Reichswehrgeneral als Diktator

Faschistischer Staatsstreich in Vorbereitung / Hitler als Troßknecht der Youngdiktatur
Organisiert den Massenkampf gegen Faschismus, Steuer- und Lohnraub!

Berlin, 19. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Ankündigungen des Ministers Treviranus und der Zentrumspresse, daß auch der neue Reichstag von der Regierung nach Hause geschickt werden soll, erfahren eine Ergänzung durch die Mitteilungen über die verstärkten Rüstungen des Trustkapitals und der Kreise um Hindenburg für einen faschistischen Staatsstreich. Es soll ein Hindenburg-Block von Hitler, Hugenberg bis zur Staatspartei Dietrich, Mahraun gebildet werden. Hitler hat in Essen und München eine Rede für die Koalitionspolitik der Nazis und für eine formelle Anerkennung der Verfassung der Youngrepublik gehalten.

Nach Mitteilungen der „Welt am Abend" will die Regierung Brüning, **wenn sie im neuen Reichstag keine Mehrheit finden sollte, ein Diktatur-Kabinett mit einem Reichswehrgeneral an der Spitze, bilden. Dafür soll** General Schleicher auserkoren sein. Nach anderen Mitteilungen soll **Generaloberst von Seeckt, der Spitzenkandidat** der Deutschen Volkspartei im Kreise Magdeburg-Anhalt, sich im Auftrage **des Youngkabinetts auf die kommende Rolle in der** Diktaturregierung vorbereiten. **Hindenburg** steht im Mittelpunkt dieser Pläne. **Aus seinem Büro gehen die Fäden über** Schiele und Oldenburg-Januschau zu Hugenberg-Hitler. **Hitler** hat bereits **in einer Rede in München folgendes Bekenntnis** abgelegt: **„Wir brechen nicht die Verfassung,** erklären ebenso feierlich, **wir wandeln auf dem Boden der Gesetze.** Wir streben auf dem Boden der Gesetze nach politischer **Macht."**

In Verbindung mit der Vorbereitung des faschistischen Staatsstreiches **gegen den neuen Reichstag zur brutalen Durchführung der offenen Diktatur bedeutet diese Stellungnahme Hitlers, daß er und sein Geldgeber Hugenberg zur Einreihung in den Hindenburg-Block des Youngsystems bereit sind.**

•

Die sich verschärfende Krise, die, wenn auch noch offiziell dementierten, offenen Diktaturvorbereitungen, müssen jede Illusion zerstören, als ob das Wort des neuen Reichstages auch nur ein einziges arbeiterfeindliches Gesetz außer Kraft zu setzen vermöge. Die Wahlkampfparole der SPD, als ob ein sozialdemokratischer Mandatzuwachs die Gefahr des offenen faschistischen Umsturzes bannen, die Aufhebung der Steuerdiktatur erzwingen könnte, ist eine freche Täuschung der Arbeiter. Die faschistische Diktatur kann nur durch den außerparlamentarischen Kampf des Proletariats zerschmettert werden; das Steuerdiktat nur durch den Kampf gegen die Diktatursteuern zerrissen; der Raubzug auf die Taschen der Werktätigen nur durch die Organisierung des Streiks gegen die Anschläge der kapitalistischen Lohn- und Gehaltsräuber erfolgreich bekämpft werden.

Die sozialdemokratische Bürokratie, die den Kampf gegen die Diktatursteuern abwürgt, deren Leipziger Polizeipräsident sogar eine kommunistische Zeitung, die zum Steuerstreik auffordert, beschlagnahmen läßt, die Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen an das Messer des Schlichters liefert und den Streikbruch organisiert — sie sind die Wegbereiter der faschistischen Diktatur.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Kraft, die im Zeichen der sich vorbereitenden Diktatur der Reichswehrgenerale und der faschistischen Kapitalsknechte die arbeitenden Massen zum Kampfe führen wird. Mobilisierung der Betriebe zum Streik, Organisierung der außerparlamentarischen Front gegen das Steuerdiktat der Hindenburg-Brüning sind das Gebot der Stunde.

Der Minister des Blutmai
als Wahlhelfer der sächsischen SPD

Dresden, den 19. August.

Hätten noch vor einigen Jahren die sächsischen SPD-Führer ihren Mitgliedern und Funktionären zugemutet, daß ein Polizeiminister von Preußen als Hauptreferent für eine innerparteiliche Veranstaltung der SPD bestellt worden wäre, — hätte sich nicht ein Hagel von Schmähungen, von Verurteilung über einen solchen Arbeiterverräter ergossen, wenn er vom Berliner Parteivorstand als Kommissar in den sächsischen „Naturschutzpark" entsandt worden wäre? Es ist anders geworden. In der Zange der wachsenden Krise, der Radikalisierung der Arbeiter, vor der nahenden Entscheidung zwischen faschistischer Diktatur oder proletarischer Revolution, kapitalistischer Barbarei oder Sozialismus, haben die sächsischen „Linken" ihre radikale Phraseologie, ihre scheinoppositionelle Stellung gegen Polizei- und Regierungssozialismus abgestreift. Sie haben offen und ohne Phrase die Plattform der größten Koalition bezogen. Sie sind bereit, in die Fußtapfen des preußischen Polizeisozialismus zu treten. Was die Severing, Grzesinski gestern waren, können die Arndt und Edel morgen in Sachsen sein — wenn die Bourgeoisie es will. Warum also keinen preußischen Polizeiminister bestellen, der vor den Funktionären der sächsischen SPD die antibolschewistischen Richtlinien des Wahlkampfes angibt, die Kandidaten der sächsischen SPD aus der Taufe hebt?!

Es ist so! Wie die „Dresdner Volkszeitung" berichtet, wird auf der Delegiertentagung des ostsächsischen Bezirks der SPD am Sonnabend Herr Grzesinski, der berüchtigte preußische Polizeiminister a. D., das Hauptreferat halten. Ausgerechnet Grzesinski! Ausgerechnet ein Mann, dessen Namen eine Provokation für jeden Arbeiter bedeutet! Ausgerechnet jene lebendige Verkörperung der brutalsten Polizeibarbarei, gegen die die sächsische SPD-Presse jahrelang die heftigsten Angriffe richtete, von dem sie schrieb, daß er und sein Berliner Polizeipräsident Zörgiebel sich in die Gesellschaft der Militärdiktatoren des Balkans begeben hätten. Denn Grzesinski war der Minister des Blutmai vom Jahre 1929. Er und Zörgiebel ließen 33 Arbeiter am Weltkampftag des Proletariats niederschießen. Grzesinski war der Minister, der den RFB in Preußen verbot und die faschistischen Bombenwerfer aus der Haft entließ. Grzesinski war der Polizeiminister, der die preußische Polizei zu einem blutigen Bürgerkriegsinstrument der deutschen Bourgeoisie ausgerüstet hat. Vor Grzesinski bestanden die Bismarck und Puttkamer der wilhelminischen Ära nur als Schattenbilder, als Stümper in der Durchführung blutigen Terrors und infamer Sozialistenverfolgung.

Diesen Grzesinski haben sich die ostsächsischen SPD-Führer als den Festredner ihrer Delegiertenkonferenz verschrieben. Er, an dessen Händen Arbeiterblut klebt, gegen den sich die Empörung auch der sozialdemokratischen Arbeiter richtet, ist zum Wahlhelfer der Liste 1 auserkoren worden.

•

Als der 22. Juni der sächsischen Sozialdemokratie 50 000 Stimmen Verlust brachte, begann eine Polemik zwischen der sozialdemokratischen Reichspresse und dem leidtragenden Sachsen. Hat doch die sächsische SPD seit der Reichstagswahl 1928 fast 130 000 Stimmen von ihrem Besitzstand von 900 000 Stimmen verloren. Der „Klassenkampf" der sächsischen „Linken" schrieb dazu, daß dieser Prozentsatz zufriedenstellend sei, daß bei einer Reichstagswahl der Durchschnittsverlust der SPD weit höher ausfallen würde; denn in Sachsen sei die Sozialdemokratie nicht „durch die arbeitsfeindliche Koalitionspolitik der Müller und Braun belastet". Vorsichtig berechnet, ergäbe sich also aus dieser sächsischen Verlustrechnung ein Gesamtverlust für die deutsche Sozialdemokratie von mehr als 1 Million Stimmen. Das ist die Rechnung der SPD-Führer selbst. Hunderttausende Arbeiter, die noch im Jahre 1928 den Möbelwagenparolen der SPD glaubten, die noch im Jahre 1928 wähnten, auf den Krücken der Koalitionspolitik ihre Lage zu verbessern, auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie und des „friedlichen Hineinwachsens" in den Sozialismus ihre Klassenlage zu verbessern, werden am 14. September auf die Liste 1 spucken. Ihr Glaube an die Wahlversprechungen der Panzerkreuzersozialisten ist dahin.

Wir sagten, die sächsische SPD hat allein von den Reichstagswahlen 1928 bis zu den Junimahlen 1930 zirka 130 000 Stimmen verloren. Aber die Kommunistische Partei hat am 22. Juni lediglich 10 000 Stimmen gewonnen. Wo sind diese hunderttausend sozialdemokratischen Proletarier, die der Politik der SPD ihre Absage erteilt haben? Sind sie zu Millionären geworden, zu begüterten Staatspfründenbesitzern; hat sich ihre soziale Stellung seit dem Jahre 1928 nicht

Straßenbahner, duldet keinen Betrug!

Christen und Reformisten sabotieren den Belegschaftsbeschluß
Der Bremser Langer gegen seinen eigenen Antrag

Die Belegschaft der Dresdner Straßenbahn beschloß am Sonntag, keine Entlassung zuzulassen und forderte die Durchführung des 7-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde ein Antrag des Reformisten Langer, Kurzarbeit einzuführen.

Christliche und reformistische Bürokraten erklärten schon in dieser Versammlung, daß Belegschaftsbeschlüsse für sie keine Geltung haben. Der Christ Noack provozierte die Belegschaft dermaßen, daß er am Weitersprechen durch die Empörung der Belegschaft verhindert wurde.

In der darauffolgenden Betriebsratssitzung entlarvten sich die Bürokraten vollends. Sie erklärten, daß eine Urabstimmung entsprechend dem Belegschaftsbeschluß nicht durchgeführt werde. Der Reformist Langer behauptete, sein Antrag sei in der Belegschaftsversammlung entstellt worden, und er ziehe nunmehr den Antrag zurück. Er hatte unter dem Druck der Belegschaft einen Antrag eingebracht, in dem die Forderung des 7-Stunden-Tages mit enthalten war. Die Belegschaft hatte den 2. Teil dieses Antrages, der die Kurzarbeit forderte, abgelehnt. Den ersten Teil änderte die Belegschaft durch Zurufe um, so daß der Beschluß für 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich entstand. Zu einem solchen Beschluß konnte Langer, der sich selbst als Bremser bezeichnet hat, nicht stehen. Wenn aber Langer glaubt, durch Zurückziehen seines Antrages den Belegschaftsbeschluß fälschen zu können, ist er im Irrtum. Der Belegschaftsbeschluß hat Gültigkeit, nichts anderes.

Die christlich-reformistische Mehrheit des Betriebsrats beschloß gegen die Stimmen der Opposition, die Urabstimmung nicht so durchzuführen, wie es die Belegschaft beschlossen hatte, sondern eine Urabstimmung über die Frage Kurzarbeit oder nicht. Das bedeutet: Die Straßenbahner sollen sich den Strick selbst um den Hals legen.

Stimmen sie für Kurzarbeit, so stimmen sie damit für Lohnkürzung und verhindern doch nicht, daß jetzt und während des Herbstes hunderte Straßenbahner entlassen werden.

Stimmen sie gegen Kurzarbeit, so erhält die Direktion ebenso Vollmacht, Entlassungen durchzuführen, und die Kurzarbeit wird trotzdem kommen.

Für die Belegschaft kann es nichts anderes geben als an dem Beschluß der großen Belegschaftsversammlung festzuhalten. Dieser Beschluß heißt:

Kampf um den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich!

Kampf gegen jede Entlassung und gegen Kurzarbeit!

Deshalb fordert die revolutionäre Opposition alle Straßenbahner auf, am Mittwoch zur Urabstimmung zu gehen und den Stimmzettel durch das Wort Streik zu kennzeichnen!

Jeder Stimmzettel mit dem Wort Streik bedeutet Festhalten **am Belegschaftsbeschluß und Bekenntnis zum geschlossenen Kampf der Belegschaft gegen die Willkür der Direktion und gegen den Verrat der christlichen und reformistischen Bonzen, für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich.** Die Straßenbahner müssen die Gefahr, die in der christlich-reformistischen Fälschung des Belegschaftsbeschlusses besteht, erkennen. Ihre Aufgabe ist, in allen Bahnhöfen und Dienststellen die einheitliche Kampffront zu bilden, Kampfleitungen zu wählen und unter der Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Direktionswillkür und Bonzenbetrug abzuwehren und zum Gegenangriff überzugehen.

Die Losung ist: Jeder Straßenbahner am Mittwoch zur Urabstimmung! Jeder abgegebene Zettel trägt nur das Wort: Streik!

Am Mittwoch vorm. 9 Uhr findet außerdem im Keglerheim, Friedrichstraße, eine große Belegschaftsversammlung statt, zu der alle Straßenbahner, die dienstfrei sind, erscheinen müssen.

Hitler-Erwerbslosenversammlung in den Annensälen

Die Hitler-Partei fordert die Arbeitsdienstpflicht. Die Hitler-Partei hat im Sächsischen Landtag das kommunistische Arbeitsbeschaffungsprogramm niedergestimmt. Die Hitler-Partei verhöhnt die Erwerbslosen als Faulenzer und Schmarotzer. Dieselbe Partei wagt es, am Donnerstag, mittag 13 Uhr, die Erwerbslosen der Altstadt mit dem Programm des „Dritten Reiches" zu provozieren. Ein kommunistischer Redner wird den Ausführungen des Naziredners entgegentreten. Die erwerbslosen Arbeiter müssen Diskussionsfreiheit erzwingen.

Auf zur Abrechnung mit den Einpeitschern der Arbeitsdienstpflicht!